

schäftigen wird. Da lesen wir in der amtlichen Dokumentation (S. 130): „Der Bericht der Sektion Einheit wurde vom Plenum der Vollversammlung in zwei beratenden Sitzungen und im Licht der Aussprache abgeändert. Die Vollversammlung beschloß durch Abstimmung: den Bericht *im großen und ganzen* zu billigen und den Kirchen zu Studium und entsprechender Veranlassung zu empfehlen.“ Das ist also kein Dekret, sondern eine Empfehlung, die auch noch durch die Worte „im großen und ganzen“ eingeschränkt wird.

„Zu formalistisch“

Das an dieses Dokument anschließende Protokoll der Aussprache (S. 150) weist verschiedene kritische Bemerkungen nach, darunter ein beachtenswertes Urteil von Prof. Edmund Schlink, dem derzeitigen Beobachter der EKD beim Sekretariat des Kardinals Bea. Er meinte, das Dokument sei „ein wirklich beachtlicher Fortschritt auf dem Wege zur Überwindung eines ekklesiologischen Doketismus. Dieser drohte, wenn in manchen ökumenischen Erklärungen zwar die Einheit der getrennten Kirchen in Christus, aber nicht mit gleichem Nachdruck die Notwendigkeit der sichtbaren Einheit betont wurde“ (in diesem Sinne auch Visser 't Hooft; vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 138). Dann fährt Schlink fort: „Freilich müsse man sich darüber im klaren sein, daß die Erklärung noch zu formalistisch sei, da sie zwar das Bekenntnis, das Evangelium, die Sakramente, das Amt etc. nennt, aber zuwenig inhaltlich erklärt, was darunter verstanden wird. Es sei aber für die Einigung der Kirchen entscheidend, daß ein inhaltlicher Consensus hierüber erarbeitet wird.“ Damit ist allerdings etwas sehr Entscheidendes gesagt, was katholische Beobachter veranlassen könnte, Dr. 't Hooft auf seine am Anfang der vorausgehenden Meldung geäußerte These, die römische Ekklesiologie sei „keine diskutabile Grundlage“, zu erwidern, daß die im Dokument „Einheit“ vorgelegte Ekklesiologie auch für die römisch-katholische Kirche nicht diskutabel ist. Soll Rom dogmatisch weniger genau sein als die Lutheraner?

Die Zweideutigkeit ausräumen

Die zitierte Erklärung von Dr. Visser 't Hooft geschah im Anschluß an eine Arbeitstagung der Nordamerikanischen Konferenz für den Weltrat der Kirchen in Buck Hill Falls Ende April, von der „The Christian Century“ (9. 5. 62) berichtete. D. T. Niles, Generalsekretär der Christlichen Ostasienkonferenz, eröffnete den Reigen der Kritiker an der ungenügenden missionarischen Ausrichtung von Neu-Delhi, und der Lutheraner Franklin Clark Fry, Vorsitzender sowohl des Zentralaussschusses wie des Exekutivaussschusses des Weltrates, faßte zusammen, was der Zentralaussschuß zu tun habe, der vom 7. bis 17. August 1962 in Paris zusammentreten wird. Es sei nunmehr offiziell anerkannt, erklärte er, daß „die Zweideutigkeit, die wie ein Nebel auf der Vollversammlung in Neu-Delhi lag“, ausgeräumt werden müsse, damit Jesus Christus als das Licht der Welt leuchten kann. Es sei notwendig, die Kirchen in dieser Richtung zu ermutigen.

Vor allem müsse versucht werden, eine schärfere Definition der christlichen Einheit zu geben. Der Kampf zwischen den drei Wegen, sie zu erreichen, sei es durch konfessionelle, sei es durch ökumenische, sei es durch nationale Körperschaften, müsse bereinigt werden, ebenso der dauernde Gegensatz zwischen Ökumenizität als Bewegung und als Institution. Auch werde es nötig sein, die Organi-

sation des Weltrates neu zu überprüfen, durchweg also Aufgaben, an deren rechter Lösung auch die katholische Kirche interessiert wäre. Es wurde ferner bekanntgegeben, daß der Zentralaussschuß des Weltrates der Kirchen in Paris sein Verhältnis zum Zweiten Vatikanischen Konzil klären wird.

Es sei noch nachgetragen, daß Dr. Visser't Hooft sich in Buck Hill Falls — das war vor der Reise des anglikanischen Erzbischofs Ramsey nach Konstantinopel — nicht ganz so schroff über das Verhältnis von römisch-katholischer Kirche und Weltrat der Kirchen ausgesprochen hatte. Er erklärte, man stehe nun „in einer gesunden vor-dialogischen Situation“.

Aus der islamischen Welt

Das Verbot der Großsyrischen Partei im Libanon Zum Jahresende 1961 bereicherte die Großsyrische Partei im Libanon (PPS, Parti Populaire Syrienne, oder später: Parti Populaire Sociale; in Europa unter der Bezeichnung „Großsyrische Partei“ bekannt) das politische Geschehen im Nahen Osten mit einem Putschversuch, der selbst für nahöstliche Verhältnisse nur operettenhaftes Format hatte. Die libanesische Regierung nahm dies zum Anlaß, die Großsyrische Partei zu verbieten und, so scheint es jedenfalls bis jetzt, diese Partei zu vernichten. Obgleich die PPS nur einige tausend Mitglieder zählte, bedeutet deren Auflösung doch eine erhebliche Kräfteverschiebung im politischen Leben des Libanon und damit mittelbar im ganzen Nahen Osten. Darüber hinaus zeigte sich, daß die politischen Strukturen dieses kleinen Landes — vorerst wenigstens — sehr viel fester gefügt waren, als selbst die libanesischen Politiker angenommen hatten.

Die Großsyrische Partei

Es gibt im Libanon eigentlich nur zwei politische Parteien auf ideologischer Grundlage, deren Politik sich in keiner Weise auf die konfessionellen Gruppen des Libanon stützt (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 573 f.), nämlich die kommunistische Partei und die PPS. Die Großsyrische Volkspartei wurde 1932 von Antoine Saadeh, einem griechisch-orthodoxen Christen, der einer libanesischen Emigrantenfamilie in Brasilien entstammte, als revolutionäre und militärische Geheimgesellschaft gegründet. Im Gegensatz zu den Panarabisten, die sich auf den gemeinsamen, im wesentlichen muslimischen Ursprung der Araber berufen, ließ sich Saadeh eher von territorialistischen Ideen leiten, indem er für den Raum Großsyrrien oder den „fruchtbaren Halbmond“ (Irak, Syrien, Palästina, Transjordanien und Cypern als „Stern“) eine geographische, ethnische und historische Einheit in Anspruch nahm. Der von Saadeh so stipulierte syrische Nationalismus verrät in mancher Hinsicht den Ursprung seines Autors, des libanesischen Christen, der sich zwar von der Sprache her als Araber versteht, jedem panarabischen Nationalismus jedoch skeptisch gegenübersteht, weil dieser beinahe zwangsläufig wenigstens muslimisch gefärbt ist. (So sehen sich viele christliche Intellektuelle im Libanon durchaus als Nachfahren der Phönizier und nicht etwa als Nachkommen der arabischen Eroberer.) Saadeh ist einer der ganz wenigen arabischen Politiker gewesen, die eine radikale Lösung des arabischen Nationalismus vom Islam (und jeder anderen Religion) forderten, was ihm, da er

kein Muslim war, leichtgefallen sein dürfte. Er konnte sich dabei sogar auf eine keineswegs geringe muslimische Anhängerschaft berufen. Seine soziale und nationalistische Ideologie hatte Saadeh zum großen Teil bei Hitler und Mussolini entlehnt, so daß man die PPS mit Recht eine rechtsradikale Partei nennen mußte. Die Organisation war streng militärisch, sämtliche Mitglieder wurden militärisch ausgebildet, was im Libanon, wo der größte Teil der Bevölkerung bewaffnet ist, nicht sonderlich auffiel. Der Schwerpunkt der Organisation lag immer im Libanon, wohin sich auch Mitglieder der Partei aus Syrien geflüchtet hatten. Im Irak, Jordanien und Cypern (bei der türkischen Minderheit) spielte die Bewegung keine Rolle. Im Libanon wurde die Partei nach einem erfolglosen und sinnlosen Putschversuch im Jahre 1949 verboten. Zwölf der Parteiführer wurden damals zum Tode verurteilt und hingerichtet; Saadeh, der nach Syrien geflüchtet war, wurde von dort ausgeliefert und standrechtlich erschossen. Die PPS rächte sich durch die Ermordung des früheren Ministerpräsidenten Riadh Solh. Die PPS konnte diese Niederlage dank der Hingabe ihrer Mitglieder, die schweren Verfolgungen ausgesetzt waren, überstehen und sich später unter dem Namen „Soziale Volkspartei“ etablieren. Die militärische Organisation wurde selbstverständlich aufrechterhalten und konnte in den folgenden Jahren ausgebaut werden. An sich ist dies im Libanon, wo jede Bewegung allein aus einem gewissen Selbsterhaltungstrieb heraus eine paramilitärische Organisation aufziehen muß, nichts Ungewöhnliches. Fast jede Familie, jeder Clan ist zugleich eine bewaffnete Einheit, die wiederum mit anderen in größeren familiären, traditionellen oder lokalpolitischen Interessenverbänden zusammengeschlossen ist. Diese Gruppen waren bisher die Garantie für ein gewisses politisches Gleichgewicht gewesen und nicht zuletzt auch eine Garantie für das Überleben auch schwächerer Religionsgemeinschaften. Im Gegensatz zu diesen Gruppen aber konnte sich die PPS kaum auf größere Familienverbände, vor allem aber nicht auf geschlossene Gebiete stützen, eben weil sie darauf aus war, diese Strukturen zu zerstören und durch zentralistische zu ersetzen.

Die PPS bekämpfte im Libanon vor allem zwei Gegner: die Kommunisten und die Nasseristen, mit denen sie einen Teil ihrer sozialen Ideologien gemeinsam hatten, die aber schon allein wegen der proägyptischen und daher anti-großsyrischen Linie deren erklärte Feinde waren. Die Zeit der ägyptisch-syrischen Union und der Bürgerkrieg 1958 (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 405 f.) war daher auch die Blütezeit der PPS. So wie die Anhänger Nassers die bestehenden Verhältnisse zugunsten eines Großarabischen Reiches zerstören wollten, so konnten deren Gegner ohne weiteres mit der PPS paktieren, die in einem unabhängigen Libanon das kleinere Übel (gegenüber einem ägyptischen und prosovjetschen Libanon) sah, obgleich diese ähnlich wie ihre Gegner den Anschluß des Libanon an Syrien suchten. Bei den Kämpfen zwischen den Anhängern und den Gegnern Nassers war die PPS ein willkommener Bundesgenosse der Regierung Chamoun. Während sich die Armee in diesem Bürgerkrieg neutral verhielt, wurden die Kämpfe von den paramilitärischen Organisationen für oder gegen die Regierung geführt. Dabei mußten die keineswegs immer natürlichen Bundesgenossen darauf achten, daß keine der Gruppen ihre Macht auf Kosten einer anderen vermehrte. Die PPS wurde zwar mit Waffen versorgt, durfte aber nur in bestimmten Ge-

bieten kämpfen, nämlich im Norden und gegen die Drusen, die Anhänger des jetzigen Innenministers K. Jumblatt. In Beirut selbst durfte sich die PPS nicht rühren. So wurde Jumblatt z. B. durch die PPS daran gehindert, sich mit den Nasseristen zu vereinigen. Aus dem Bürgerkrieg ging die PPS als eine ernst zu nehmende Macht hervor. Sie verfügte über 3000—4000 bewaffnete Mitglieder und war wahrscheinlich gerade jenes Zünglein an der Waage gewesen, das, abgesehen von der amerikanischen Intervention, die Niederlage der libanesischen Autonomisten verhindert hatte.

Die PPS profitierte dann von den merkwürdigen innenpolitischen Verhältnissen, die sich aus der Beendigung des Bürgerkrieges im Jahre 1958 ergeben hatten. Die Parteien hatten sich auf die ehrenhafte Formel „keine Sieger und keine Besiegte“ geeinigt — so als hätte der Bürgerkrieg nicht stattgefunden. In der Praxis ergab sich daraus, daß man zwar die Barrikaden räumte, nicht aber die Waffenlager, was ja auch niemandem zugemutet werden konnte. Die PPS konnte so ihre Mitglieder in aller Öffentlichkeit weiter ausbilden, ihre Ausbildungszentren waren allgemein bekannt. Ihre Existenz war ein Machtfaktor auf der Seite der Autonomisten, ohne daß diese je deren Pläne gebilligt hätten. Ideologisch hätte die PPS genausogut oder noch besser auf der Seite der Nasseristen stehen können.

Die Auswirkung der syrischen Sezession

Der Umsturz in Syrien (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 268) hätte nach menschlichem Ermessen die politischen Positionen im Libanon radikal verändern müssen. Solange die Union bestand, hatten sich die wichtigsten Gruppen — das war ein Teil der Übereinkunft nach dem Bürgerkrieg — darauf geeinigt, daß der Libanon gegenüber Ägypten eine freundschaftliche, aber neutrale Politik verfolgen sollte. Was darunter zu verstehen sei, wurde natürlich von allen Parteien etwas anders ausgelegt. Die beiden Ministerpräsidenten, zuerst S. Salam und dann R. Karamē, hatten mit ihren unionistischen und nasseristischen Anhängern zum Teil auf eigene Faust, d. h. unter Mißbilligung eines Teils des Kabinetts, eine sehr nasserfreundliche Politik verfolgt. Dies geschah nicht ohne ein gewisses Maß an politischer Schizophrenie: Auf der einen Seite beteuerten sie ihren Wunsch nach Einheit aller Araber (im Sinne Nassers), auf der anderen Seite beschworen sie ihre Absicht, die selbständige Existenz des Libanons zu achten und zu verteidigen.

Die Sezession Syriens hätte unter normalen Umständen die Demission Karamēs zur Folge haben müssen. Karamē, der Nasser gegen die syrischen Separatisten unterstützt hatte, war nicht der Mann, der normale Beziehungen zu dem neuen Syrien, dem einzigen arabischen Nachbarn des Libanon, hätte herstellen können. Im Gegensatz aber zu den natürlichen Interessen des Landes verfolgte Karamē seine proägyptische Politik weiter und scheint sogar den Ägyptern im Libanon einige Basen für ihre subversive Tätigkeit in Syrien eingeräumt zu haben. Nur zögernd und unter dem Druck der Opposition nahm Karamē, dessen Anhänger sonst bei jeder Gelegenheit nach Damaskus gepilgert waren, normale Beziehungen zu Syrien auf. Dabei konnte er sich allerdings darauf berufen, daß er unter ägyptischem Druck stehe, denn gerade zu jenem Zeitpunkt (und bis heute) verhandelte die libanesische Regierung mit Nasser über die erheblichen Eigentumswerte libanesischer Bürger, die in Ägypten nationalisiert oder sequestriert worden sind.

Die Politiker der PPS waren wohl die einzigen, die aus der veränderten Situation den theoretisch richtigen Schluß zogen. Zwischen Syrien und dem Irak war es im Herbst und im Winter zu einer sehr starken außenpolitischen Annäherung gekommen, und der Plan des von Nasser so gefürchteten „fruchtbaren Halbmondes“ gewann wieder an Aktualität, besonders vielleicht in Jordanien, wo man eine einseitige irakisch-syrische Verbindung kaum weniger fürchtete als die syrisch-ägyptische Union.

Was die PPS tatsächlich plante, hält die libanesische Regierung, die ihre Gründe dafür haben wird, geheim. Wahrscheinlich wollte die PPS durch einen Staatsstreich ähnlich wie in Syrien die Macht an sich reißen und dann als ersten Schritt zur Verwirklichung ihrer Ideen eine Union mit Syrien, vielleicht aber auch eine jordanisch-syrisch-libanesische Föderation herbeiführen, der sich dann der Irak hätte anschließen können. Diese Pläne waren in jeder Hinsicht unrealistisch, wie eben die meisten Pläne der PPS. Die libanesischen Autonomisten wünschten freundschaftliche Beziehungen zu einem selbständigen Syrien. Der Versuch einer Union, bei der der Libanon nur eine syrische Provinz werden konnte, mußte genauso wie vorher der Versuch einer gewaltsamen Vereinigung mit der Vereinigten Arabischen Republik auf ihren erbitterten Widerstand stoßen. Die libanesischen Unionisten dagegen sind heute zum größten Teil Gefolgsleute Nassers, also gegen eine Vereinigung, die in ihrer Tendenz gegen Ägypten gerichtet ist. Syrien selber suchte Unterstützung im Irak und nicht eine neue Union, denn man hatte sich von der alten noch nicht erholt. Nur in Jordanien hätte man vielleicht gerne eine Änderung in der libanesischen Regierung gesehen, die den Libanon zu einem Bundesgenossen gegen Ägypten gemacht hätte, nachdem Nasser seinen Druck auf Jordanien gerade im Winter wieder verstärkt hatte.

Der „Staatsstreich“

Der versuchte Staatsstreich der PPS war in Wirklichkeit kaum mehr als eine Köpenickiade. Staatsstrieche im Nahen Osten wurden in den letzten Jahren fast ausschließlich von Offizieren bzw. von der Armee ausgeführt. Das einzige vorderasiatische Land, in dem ein Staatsstreich der Armee wahrscheinlich keine Aussicht auf Erfolg hat, ist der Libanon, in dem die Familienzugehörigkeit und die Zugehörigkeit zu einer bestimmten konfessionellen Gruppe immer noch mehr zählt als der Gehorsam gegen eine legitime oder usurpierte Befehlsgewalt. Die zivilen und paramilitärischen Gruppen sind so stark, daß die Armee allein sich niemals behaupten könnte. Obgleich diese Gegebenheiten jedem libanesischen Politiker bewußt sind, versuchte die PPS ihrem Putsch das Aussehen einer Offizierserhebung zu geben, was um so ungewöhnlicher war, weil die PPS unter ihren Anhängern nur einige Soldaten und subalterne Offiziere zählte (in dem Verfahren gegen die Mitglieder der PPS wurde gegen 109 Angehörige der Armee ermittelt). Zwei von diesen kommandierten am 31. Dezember eine Panzerwagenkompanie, die von dem Unternehmen nichts wußte, nach Beirut, wo als Soldaten verkleidete Mitglieder der PPS zu ihnen stießen und versuchten, das Verteidigungsministerium, Post und Radiostation zu besetzen. Die Soldaten verweigerten den Gehorsam, als sie sahen, daß sie bei einem Staatsstreich mitwirken sollten. Schon nach einigen Stunden konnte die Regierung feststellen, daß der Staatsstreich, der von der Bevölkerung fast unbemerkt blieb,

niedergeschlagen war. Nur in den Bergen, wohin sich einige der unmittelbar Beteiligten mit drei Offizieren als Geiseln geflüchtet hatten, kam es noch zu einigen sporadischen Schießereien. Die Armee hatte „in heldenhaftem Einsatz“ die Gefahr abgewendet und sich als loyal erwiesen.

Die Auflösung der PPS

In den folgenden Tagen begannen Armee und Polizei mit der Entwaffnung der PPS. Im Laufe von 14 Tagen wurden mehr als 3000 Personen verhaftet, die in irgendeiner Beziehung zur PPS gestanden hatten, Waffen und Propagandamaterial wurden lastwagenweise beschlagnahmt, ohne daß auch nur der geringste Widerstand versucht wurde. Nur die Führungsgruppe der PPS und die unmittelbar Beteiligten versuchten sich durch Flucht zu schützen, doch konnten fast alle gefangen werden. Offenbar hatte man für den Fall des Mißlingens keinerlei Vorkehrungen getroffen. Der für die Verhaftung verantwortliche Innenminister Jumblatt, dessen Marsch auf Beirut 1958 an der PPS gescheitert war, konnte seine Schlappe wettmachen. In kryptischen Erklärungen einzelner Minister, die sofort von der nasserfreundlichen Presse aufgegriffen wurden, wurde von wichtigen Dokumenten und großen Geldbeträgen gesprochen, die mehr als eine ausländische Macht bei dem Staatsstreich involviert hätten. Bis heute ist keines dieser Dokumente veröffentlicht worden, und der Prozeß gegen die Führer der PPS begann erst im Juni. So viel ist jedoch gewiß, daß jede Partei, die auf einer ähnlichen Basis operiert, selbstverständlich auch internationale Beziehungen pflegt und ihre auswärtigen Geldgeber hat. Es ist noch nicht einmal erwiesen, daß wirklich die ganze PPS und nicht etwa nur eine kleine Gruppe an dem Staatsstreich beteiligt war. Die Waffenarsenale waren schon vorher bekannt gewesen, und die „sensationalen Enthüllungen“ Jumblatts, die PPS sei eine militärische Geheimorganisation gewesen, waren eher lächerlich.

Dennoch war die Entwaffnung und Auflösung der PPS eine durchaus ernste Angelegenheit. Die Struktur des Staates hielt dieser politischen Kraftprobe stand. Die PPS konnte auf dem normalen administrativen Weg liquidiert werden, ohne daß besondere Vollmachten in Anspruch genommen wurden oder Gesetze außer Kraft gesetzt werden mußten. Daß dies möglich war, ist natürlich nicht so sehr der politischen Stabilität zu verdanken als der Tatsache, daß niemand mehr an der PPS gelegen war und daß diese keinen Rückhalt in den traditionellen Strukturen des Libanon fand. Wer heute im Libanon versuchen würde, eine so kleine, wenn auch durchaus militante Gruppe wie die der armenischen Taschnag oder die private Gefolgschaft des Innenministers zu entwaffnen, würde einen Bürgerkrieg entfesseln. Bei der Entwaffnung der PPS konnte der Oberkommandierende der Armee beruhigt erklären, daß immer noch ausreichend Waffen in den Händen der Bevölkerung blieben.

Das Ende der PPS hat ein Machtvakuum zur Folge. Dies bedeutet eine Gefahr für das Land, in dem die Kräfte so fein ausgewogen waren. Die Politiker, die der Auflösung der PPS zustimmten, rechneten vielleicht damit, daß sie hieraus einen Machtzuwachs erhalten würden. Das kann ein Fehlschluß gewesen sein, denn die Libanesen wechseln ihre politischen Loyalitäten nur sehr langsam oder auch gar nicht. Erst die nächste Kraftprobe wird zeigen, ob man die Festigkeit der politischen und sozialen Strukturen nicht doch überschätzt hat.